

Kühlungsborner Resolution

Kommunalkonferenz der CDU Mecklenburg-Vorpommern am 22. Oktober 2022

Wirksame Unterstützung in der aktuellen Energiekrise für Verbraucher, Unternehmen und Kommunen zur Abwehr einer wirtschaftlichen Abwärtsspirale

In Folge des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine sind die Energiepreise extrem gestiegen. Aufgrund der absehbar anhaltenden Knappheitssituation bei Energie muss davon ausgegangen werden, dass das Preisniveau mindestens bis 2024 sehr hoch bleibt. Verbraucher, Unternehmen, Kommunen, Vereine, Krankenhäuser, Pflege- und andere soziale sowie kulturelle Einrichtungen stehen angesichts der hohen Energiepreise vor existentiellen Herausforderungen. Viele der Betroffenen wissen nicht, wie sie die Mehrkosten tragen sollen. Inzwischen stellen erste Unternehmen ihren Betrieb ein, weil die Weiterführung nicht mehr wirtschaftlich ist. Damit verbunden wären schwerste Folgen für den Arbeitsmarkt und das soziale Miteinander, aber auch für die kommunale Infrastruktur durch Einnahmeverluste.

Die bisher von Seiten der Bundes- wie der Landesregierung angekündigten Maßnahmen werden dieser Situation in keiner Weise gerecht. Sie erscheinen weder geeignet, den Verbrauchern ihre Unsicherheit hinsichtlich der Energierechnungen zu nehmen, noch die drohende Rezession zu verhindern.

Um allen von den extrem gestiegenen Energiepreisen Betroffenen schnell und wirksam zu helfen und die Handlungsspielräume der Kommunen zu erhalten, fordern Kommunalpolitiker und der Landesvorstand der CDU Mecklenburg-Vorpommern:

1. Die Nutzung aller Möglichkeiten zur Steigerung des Energieangebots hat für uns Priorität. Dafür braucht es u.a. eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke über den 15. April 2023 hinaus – solange es die Lage erfordert - sowie eine Entwicklungsstrategie und Förderprogramme des Landes für kommunale Geothermie-Projekte, um eine zusätzliche verlässliche Wärmeversorgung zu etablieren.
2. Eine Entlastung aller Verbraucher und Unternehmen von den hohen Energiepreisen durch einen umfassenden und unbürokratischen Energiepreisdeckel für Gas, Fernwärme, Öl, Strom und andere Energieträger sowie eine pragmatische Ausgestaltung der geplanten Gaspreisbremse, die den administrativen Aufwand für die Versorger in einem beherrschbaren Rahmen hält.

3. Es braucht Investitionen im kommunalen Raum in erneuerbare Energien, eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen für die Bewältigung dieser Aufgaben.
4. Eine Steigerung der Akzeptanz beim Ausbau der erneuerbaren Energien in Mecklenburg-Vorpommern braucht ein Konzept zur finanziellen Partizipation von Bürgern und Kommunen – etwa durch regionale Rabattmodelle – sowie mindestens eine Beibehaltung bestehender Abstandsflächen von Windkraftanlagen zu Wohnbebauungen.
5. Eine Forcierung des Netzausbaus, insbesondere der regionalen Verteilnetze, und eine gleichmäßige Verteilung der Kosten des Netzausbaus auf alle Netznutzer deutschlandweit, unter Berücksichtigung der bisher erfolgten Investitionen.
6. Die Einrichtung eines Schutzschirms des Landes für kommunale Energieversorger und Wohnungsunternehmen sowie eines Härtefallfonds für kulturelle Einrichtungen, Sportstätten und Sportvereine.
7. Eine Unterstützung des Landes für die gestiegenen Energie- und Sachkosten für Krankenhäuser und Hochschulen sowie Kommunen, Landkreise und freie Träger für den Betrieb von Schulen, Kindertagesstätten, Pflege- und sonstigen sozialen Einrichtungen.
8. Ein Hilfsprogramm des Landes für besonders von Energiepreissteigerungen betroffene Unternehmen zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit sowie zur Sicherung von Arbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern.
9. Zur Finanzierung vorgenannter Maßnahmen sollen u.a. Mittel aus dem Corona-Schutzfond genutzt werden.